



# Die interkulturelle Schule als Regelschule durchsetzen!

Vorschläge der LAGA  
Nordrhein-Westfalen für  
eine interkulturelle  
Reform der Schule

# Die interkulturelle Schule als Regelschule durchsetzen!

## Vorschläge der LAGA Nordrhein-Westfalen für eine interkulturelle Reform der Schule

Im Dezember 2000 stellte die LAGA NRW ihr bildungspolitisches Papier „Integration konkret – Die Schulerfolge von Migranten verbessern!“ vor. Damals ging es der LAGA vor allem darum, die Öffentlichkeit aufzurütteln: Die mangelnden Schulerfolge der Migranten und damit eine insgesamt nicht geglückte Integrationspolitik sollten endlich als ungelöstes Problem wahrgenommen und wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die Überlegungen der LAGA wurden von einer breiteren Öffentlichkeit interessiert zur Kenntnis genommen. Es zeigte sich bald, dass das Alarmsignal nicht aus der Luft gegriffen war, denn kurze Zeit später wurde die erste PISA-Studie veröffentlicht, die die Analyse des Papiers bestätigte.

Im Jahr 2010 ist die Situation anders. Der Ernst der Lage ist allgemein bekannt. Dafür sorgen nicht zuletzt die internationalen Vergleichsberichte, die immer wieder aufs Neue die vergleichsweise schlechten Bildungserfolge der Migranten und die hohe Abhängigkeit der Schulerfolge von der sozialen Herkunft in Deutschland anprangern. Auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene werden Integrationsprogramme erarbeitet, die gerade der Bildungsfrage eine hohe Priorität einräumen. Der Nationale Integrationsplan von 2007 gibt dabei den Ton vor. Er bezeichnet die Integration als „Aufgabe nationaler Bedeutung“. Die Integrationsprogramme sind

nicht Ausdruck einer neuen Ausländerfreundlichkeit, sie nehmen den demographischen Wandel unserer Gesellschaft zur Kenntnis. In städtischen Ballungsräumen kommen heute schon mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler aus migrantischen Familien. Die nachwachsende Jugend wird in kurzer Zeit zum größten Teil ausländisch klingende Namen und mindestens einen Elternteil haben, der keine deutsche Schule besucht hat. In den Integrationsprogrammen finden sich viele der im Jahre 2000 von der LAGA formulierten Überlegungen und Forderungen wieder. Im Jahr 2010 haben sich jedoch die Vorzeichen gewandelt. Wer die Schulerfolge der Migranten verbessern will, muss sich um die Gesamtentwicklung unseres Bildungswesens kümmern. Er vertritt nicht lobbyhaft Partikularinteressen ethnischer oder kultureller Minderheiten, er arbeitet an der Gestaltung einer lernorientierten Bildungsentwicklung für die gesamte Gesellschaft.

Zur Zufriedenheit gibt es also keinen Anlass, solange sich die Schulerfolge unserer Kinder und gerade der Kinder mit den fremdländisch klingenden Namen nicht verbessern. Ausmaß und Qualität der notwendigen Reformen sind noch nicht begriffen worden. Den vorgelegten schulministeriellen Konzepten fehlen inhaltlichen Präzisionen, die sich aus dem Stand der Schulentwicklungs- und Mehrsprachigkeitsfor-

### Impressum:

#### Herausgeber:

**Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen Migranten-  
vertretungen Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW)**

**Helmholtzstraße 28,  
40215 Düsseldorf**

**Telefon 0211-99 41 60**

**Fax 0211-99 41 615**

**Januar 2010**

#### gefördert von:



Ministerium für Generationen,  
Familie, Frauen und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



**Druck:** Druckhaus Süd, Köln, **Fotos:** www.arbeiterfotografie.com

schaft konsequent ergeben. Die Maßnahmen, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden sind, gehen noch immer davon aus, dass durch einige zusätzliche Maßnahmen (ein wenig zusätzliche Förderung hier und da) alles geregelt werden kann. Der Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität wird in der Regel in Zusatzangeboten ausgelagert, aber nicht als Aufgabe des Regelunterrichts angesehen, der unangetastet bleibt. Bei den großen Reformen der vergangenen Jahre, die Schule stark verändern, haben Fragen der migrationsbedingten Heterogenität und Chancengleichheit keine Berücksichtigung als Prüfkriterien gefunden, etwa bei der Einrichtung der Qualitätsanalyse, der Aufhebung der Grundschulbezirke oder den zentralen Prüfungen. Die natürliche Mehrsprachigkeit der Migranten hat noch immer keinen anerkannten, spezifischen Platz in der schulischen Erziehung zur Mehrsprachigkeit. Besonders evident wurde dies bei der Einführung des Faches Englisch ab der ersten Klasse, die ohne Berücksichtigung der gelebten Mehrsprachigkeit in vielen Klassen erfolgte.

Die schlechten Bildungsabschlüsse der Migranten sind nicht die Folge mangelnder Begabung, eines Desinteresses der Eltern an der Zukunft ihrer Kinder oder des Abschotens in der bequemen „Parallelgesellschaft“. Die entscheidende Ursache besteht darin, dass viele Kinder eine Schule besuchen, in der sie mit ihren spezifischen Kenntnissen und Problemen gar nicht vorgesehen sind. Der tradierte „monolinguale Habitus“ unserer Schulen, der sich in der Schulstruktur, den Unterrichtsangeboten oder der Berufskultur der Lehrerschaft niederschlägt, und die heterogene Schüler-

schaft passen nicht zueinander. In der angelsächsischen Diskussion ist dafür der Begriff der „institutionellen Diskriminierung“ geprägt worden. Dieser Begriff soll nicht als individuelle Schuldzuweisung missverstanden werden. Vielmehr beschreibt er das Funktionieren einer Institution und öffnet den Blick auf mögliche Alternativen.

Notwendig ist eine Debatte und öffentliche Auseinandersetzung über die Frage, in welche Richtung die notwendigen Reformen gehen müssen, um endlich die Bildungschancen der Migranten und darüber hinaus aller Kinder und Jugendlichen wirksam zu verbessern. Zugleich ist zu untersuchen, welche Rolle bei dieser Klärung die zugewanderten Menschen selber und die LAGA NRW spielen können.

Die LAGA möchte mit dem vorliegenden Papier einen Beitrag zu dieser Debatte leisten. Wir konzentrieren uns dabei auf die Institution Schule, da hier der Schlüssel für eine nachhaltige Verbesserung des Bildungserfolges der Jugendlichen in Deutschland liegt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Situation der Migranten.

Die LAGA orientiert sich dabei am Stand der internationalen Diskussion. Wegweisend sind dabei die Konkretisierungen der UNO-Menschenrechtskommission sowie die Konsultationen auf EU-Ebene zum Grünbuch „Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“ in den Jahren 2008 und 2009.

Aus der europäischen Diskussion stammt auch der Gedanke der interkulturellen Schule, die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1997 in ihrem Dokument „Europa verwirklichen durch die allgemeine und berufliche Bildung“ als die



europäische Schule der Zukunft bezeichnet wird.

In dem Dokument heißt es: „Im Hinblick auf Erfahrungen, die auf europäischer Ebene verbreitet oder angestoßen werden sollen, sollte man sich mit der interkulturellen Schule befassen. Europa muss sich die Mittel an die Hand geben, zusammen mit den Mitgliedstaaten interkulturelle Modellversuche an den Schulen zu entwickeln. Die interkulturelle Schule existiert bereits, bisher allerdings nur vereinzelt in den prestigeträchtigen internationalen Schulen und in den städtischen Quartieren mit hohem Ausländeranteil. Heute muss sie als Konzept entwickelt werden, denn in der interkulturellen Schule ist die gesamte Problematik der Bürgerschaft zusammengefasst. Sie muss zum Versuchsfeld werden, das auf die allgemeine Verbreitung dieses Schultyps vorbereitet, zu der es aufgrund der demographischen Tendenzen auf jeden Fall kommen wird.“

Nach Ansicht der Kommission gibt die interkulturelle Schule eine Antwort auf die drängenden Fragen der europäischen Bildungspolitik. Wir meinen: Die interkulturelle Schule ist auch in Nordrhein-Westfalen die Schule der Zukunft. Wir möchten in diesem Papier unsere Vorstellungen von der Interkulturellen Schule präzisieren. Dabei knüpfen wir auch an den vielfältigen guten Erfahrungen in den Schulen unseres Landes an. Wir denken dabei z.B. an die unterstützende Arbeit der RAA's (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien), an die Arbeitsergebnisse aus dem BLK-Programm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Förmig“ oder die Arbeit der Bezirksregierung Köln. Sie belegen, dass erfolgreiches und gehaltvolles Lernen gerade auch in mehrsprachigen Klassen möglich ist und geben uns heute schon Hinweise darauf, wie die interkulturelle Schule aussehen wird.





## Eckpunkte einer interkulturellen Bildungsreform

### 1. Eine neue Philosophie: Neuzeitliches Lernen in der globalisierten Gesellschaft

Die multiethnische Gesellschaft ist Realität, Zuwanderung und europäische Orientierung konstituieren Deutschland als multikulturelles Einwanderungsland. Monokulturelle Orientierungen staatlich gesteuerter Bildung von Kindern und Jugendlichen gehen an der Lebenswirklichkeit vorbei.

In den städtischen Ballungsgebieten kommen weit mehr als die Hälfte der heutigen Schulbesucher mit zunehmender Tendenz aus zugewanderten Familien. Sie als zu integrierende Randgruppe zu begreifen, ist ein illusorischer Anachronismus, Migration ist Normalität.

Dennoch stellen wir bei Beobachtung der schulischen Wirklichkeit fest:

- ▶ Kompensatorische Förderung von 'Ausländerkindern' ist häufig noch gängiges Prinzip in Schulen, obwohl die dritte Generation schon längst inländisch ist – ein Anachronismus aus den 70er Jahren.
- ▶ Die mehrsprachige Kompetenz vieler Migrantenkinder wird im 'monolingualen habitus' (Gogolin) der Schule übergangen und ausgeblendet.
- ▶ Gerade deshalb erhalten diese Kinder seltener eine Qualifizierung für höhere Bildungsabschlüsse.
- ▶ Seit PISA und IGLU wissen wir, dass auch in Lehrerköpfen die unbedachte Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bil-

dungschancen selektierend wirkt.

- ▶ Das heimliche Gestaltungsziel der homogenen Lerngruppe fördert die Selektion.

Es gilt die Zukunft der Bildung interkulturell zu gestalten, nicht defizitorientiert Projekte der Kompensation aufzulegen, sondern inklusiv eine Bildungskultur der Vielfalt zu verankern. Damit werden Defizite vor allem im Bereich des sprachlichen und sozialen Lernens nicht übergangen, multikulturelles Verständnis und mehrsprachige Verständigung müssen gelernt werden. Interkulturelles mehrsprachiges Lernen bereichert das Lernen im Zeichen der Globalisierung für alle.

Das schulische und außerschulische Lernen ist zielorientiert auf fachlichen und überfachlichen Kompetenzerwerb ausgerichtet. Dabei geht es in erster Linie um den aktiven Erwerb von Schlüsselqualifikationen und nicht um die Anhäufung vermittelten Faktenwissens.

In den Bildungsinstitutionen werden Schüler unterrichtet, die von Lehrern motiviert, angeleitet und methodisch unterstützt werden. Sie lernen von den Lehrern die Wege und Methoden, sich Faktenwissen anzueignen und dieses durch Bearbeitung mit Mit-Lernern lebensbezogen anzuwenden.

Kompetenzen in der Mehrsprachigkeit gehören zu den Schlüsselqualifikationen der interkulturellen Gesellschaft, sie erhöhen für alle Kinder die persönlichen Qualifi-

kationen und Chancen in allen Lebensbereichen. Dazu bieten die Herkunftssprachen eine natürliche Anknüpfung, auf die schulisch anerkannte Fremdsprachen nicht zurückgreifen können.

Interkulturalität und systematische Förderung der Mehrsprachigkeit können nicht mehr als Zeitprojekte gestaltet werden, erfolgreiche best-practice-Projekte entwickeln nicht von selbst eine Flächenwirkung.

Interkulturelles Lernen und Förderung der Mehrsprachigkeit sind zukunfts gestaltende strukturelle Kernelemente eines unterrichtlichen Lernens, das die individuelle Orientierung und Förderung und das selbstständige eigenverantwortliche lebenslange Lernen als Grundlage jeder Bildungsplanung festschreibt.

Als strukturelle Maßnahmen zur flächendeckenden Verankerung interkulturellen und mehrsprachigen Lernens in NRW widmet sich die LAGA nach hinreichend fundierter wissenschaftlicher Überprüfung den folgenden Eckpunkten.

## 2. Eine interkulturelle Schule für alle Kinder!

Das dreigliedrige Schulsystem passt genauso wenig in eine demokratische Gesellschaft wie das Dreiklassenwahlrecht. Durch seinen selektiven Charakter zementiert es die Bildungsbenachteiligung, gerade auch in einer multikulturellen Gesellschaft.

Die internationale Forschung und die tägliche Praxis belegen, dass viele Migrantenkinder 5 bis 7 Jahre brauchen, um einen Sprachstand in der Bildungssprache Deutsch zu erreichen, der dem der einsprachig aufwachsenden deutschen Kinder und

Jugendlichen entspricht. Das Ende der Primarstufe nach der 4. Klasse unterbricht häufig wichtige Lernprozesse und führt allzu oft zu einer Schulzuweisung, die den Interessen und Möglichkeiten der Kinder widerspricht.

Vor allem die Hauptschule hat sich zu einer Sackgasse entwickelt. Sie wird immer mehr zu einem Ghetto von Migranten und Jugendlichen aus bildungsfernen deutschsprachigen Familien. Sehenden Auges wird an einer Entwicklung festgehalten, die tatsächlich zu schulischen „Parallelgesellschaften“ führt, die an anderer Stelle als Schreckgespenst an die Wand gemalt werden und verhindert werden sollen.

Das dreigliedrige Schulsystem ist viel zu unflexibel und zu teuer. Es erschwert die Weiterführung der in der Primarstufe erworbenen sprachlichen Fähigkeiten in der Sekundarstufe. So endet die erfolgreiche Arbeit der Grundschulen mit einem mehrsprachigen Profil, bei der die natürliche Mehrsprachigkeit der Kinder mit einbezogen wird, für viele Kinder nach der 4. Klasse, weil sie durch das Verstreuen der Kinder auf die unterschiedlichen Schulformen der Sekundarstufe nicht mehr fortgeführt werden kann.

Die „interkulturelle Schule“ ist eine Schule für alle Kinder, in der ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse garantiert ist. Sie ist eine inklusive Schule, die allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Bildung und damit zur gesellschaftlichen Integration garantiert. Der Begriff der Inklusion bezieht sich dabei nicht nur auf die in der UN-Menschenrechtskonvention dezidiert aufgeführte Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung, sondern auf ein Schulsystem, in dem nicht

Segregation nach Schulformen stattfindet, aus welchen Gründen auch immer. Die LAGA NRW wird sich verstärkt einmischen in die Diskussion um eine Schule für alle Kinder.

Diese Debatte kann durch die LAGA befruchtet werden, indem sie darauf hinweist, dass eine Schule für alle auch die Interessen der mehrsprachig aufwachsenden Kinder durch vielfältige Angebote berücksichtigen muss. Das „intelligente Umgehen mit Heterogenität“ darf die Fähigkeiten und Probleme der Migranten nicht vergessen. Zur veränderten Schulstruktur gehört auch die innere Schulreform. Schulen für alle Kinder müssen ein interkulturelles und mehrsprachiges Profil bekommen.

## 3. Mehrsprachigkeit für alle!

Eine interkulturelle Schule erfordert eine neue schulische Sprachenpolitik, und zwar für alle Kinder. Alle Schülerinnen und Schüler müssen am Ende des 10. Schuljahres Grundkenntnisse in drei Sprachen nachweisen:

- ▶ in der Landessprache Deutsch (mündlich und schriftsprachlich korrekt auf dem Niveau der Bildungssprache Deutsch)
- ▶ in der Weltsprache Englisch
- ▶ in einer dritten Sprache nach freier Wahl. Dazu gehören – die Herkunftssprachen der Migranten (Türkisch, Arabisch, Russisch...) – eine der traditionellen schulischen Fremdsprachen (Französisch, Latein...) – eine „Begegnungssprache“: einsprachige deutsche Kinder werden gemeinsam mit mehrsprachigen Kindern unterrichtet und lernen auf diese Weise die

Muttersprache ihrer Mitschüler – in Grenzgebieten die Sprache der Nachbarn, z.B. Niederländisch.

Durch die Einbindung der Muttersprachen der Migranten in das schulische Sprachangebot werden die Migrantensprachen aufgewertet und nicht mehr als „Problem“ betrachtet. Die natürliche Mehrsprachigkeit wird sogar als eine wertvolle Ressource für das Fremdsprachenlernen der einsprachigen deutschen Kinder und Jugendlichen anerkannt.

Alle Schulen werden verpflichtet, in Eigenverantwortung ein schuleigenes Sprachlernkonzept zu entwickeln, das die Kompetenzen mehrsprachiger Schülerinnen und Schüler einbeziehen muss. Dabei sind je nach Zusammensetzung der Schülerschaft unterschiedliche Lösungen möglich:

- ▶ bilingual arbeitende „zusammengesetzte Klassen“ mit verschiedenen Sprachkombinationen (50 % deutsche + 50 % zweisprachige Kinder mit einer gemeinsamen Muttersprache);
- ▶ Kooperation des Regelunterrichts mit dem Muttersprachlichen Unterricht in vielsprachigen Klassen mit einer starken Sprachengruppe (Koala);
- ▶ Einrichtung von Schwerpunktschulen für kleinere Sprachengruppen, damit eine ausreichende Anzahl von Kindern und Jugendlichen für entsprechende unterrichtliche Angebote zur Verfügung steht;
- ▶ in einer Übergangsphase: Kooperation von Schulen mit außerschulischen Bildungseinrichtungen (privaten Vereinen, kommunalen Einrichtungen wie der Volkshochschule), damit auch Minderheitensprachen vermittelt werden können





nen, die Schulen nicht anbieten können. Diese Kooperationen sind im Rahmen der kommunalen Bildungsnetzwerke zu organisieren, die Einhaltung entsprechender Standards ist zu sichern, damit aus ihnen in der Perspektive schulische Regelangebote entstehen können.

In der Sekundarstufe sollten verstärkt Angebote in der Muttersprache anstelle einer zweiten Fremdsprache und in der gymnasialen Oberstufe entsprechende abiturrelevante Grundkurse geschaffen werden.

Das Lehren und Lernen in der Landessprache Deutsch muss Aufgabe des Regelunterrichts in allen Fächern sein. Der Förderunterricht muss im Regelunterricht Erar-

beitetes wieder aufnehmen und vertiefen, er darf aber nicht die Hauptlast der Sprachförderung tragen, weil dies wenig effektiv ist. Damit dies verwirklicht werden kann, muss die traditionelle Trennung zwischen einer Muttersprachendidaktik und einer Fremd- und Zweitsprachendidaktik aufgehoben werden zugunsten eines gemeinsamen Konzeptes, das den Erwerb der Schriftsprache in mehreren Sprachen koordiniert und dadurch schon in der Grundschule allen Schülerinnen und Schülern den Erwerb der Schriftsprache in der deutschen Sprache wie in einer weiteren Sprache ermöglicht.

Zur Verwirklichung einer neuen Schul-sprachenpolitik müssen die notwendigen



Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Das bedeutet:

a) Die Integrationshilfestellen bleiben erhalten, ihre Vergabe wird an Qualitätskriterien gebunden.

b) Die Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht, die es in Nordrhein-Westfalen im Unterschied zu den anderen Bundesländern immer noch gibt, müssen von einem mehr oder weniger geliebten Stiefkind zu einer wichtigen Quelle der Erziehung zur Mehrsprachigkeit werden. Ihre Ausweitung auf den Bestand vor der Kürzung zu Beginn dieses Jahrzehnts (etwa 1.400 Stellen) ist in einem ersten Schritt dringend erforderlich. Zudem ist die entsprechende Lehrerbildung nach dem

Vorbild der Sekundarstufenlehrerbildung im Fach Türkisch an den Hochschulen in NRW zu organisieren. Die Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht werden für den Sprachunterricht benötigt, sie dürfen nicht für die Sicherstellung eines Angebots im Islamkundeunterricht genutzt werden. Die dazu notwendigen Lehrerstellen sind aus einem anderen Haushaltstitel zu finanzieren!

c) Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative der Landesregierung, verstärkt Lehrpersonen mit Zuwanderungsgeschichte einzustellen. Mehrsprachige Schulen brauchen auch mehrsprachiges Personal! In diesem Zusammenhang muss endlich der Weg in den Schuldienst für Personen geöffnet

werden, die im Herkunftsland eine Lehrerausbildung absolviert haben und die gute Deutschkenntnisse nachweisen.

#### **4. Schulen brauchen Anreize, Unterstützungs- und Kontrollsysteme!**

Kernstück der Anpassung unseres Schulsystems an die veränderte Schülerschaft ist die Entwicklung der eigenverantwortlichen Einzelschule. Sie muss in einem längeren Prozess eine inklusive Unterrichts- und Schulentwicklung betreiben. Dazu benötigt die Schule die entsprechenden Rahmenbedingungen, die Anreize, Unterstützungs- und Kontrollsysteme umfassen.

Eine unerlässliche Hilfe in diesem Prozess ist eine systematische Lehrerfortbildung einschließlich einer Umsetzungsbegleitung. In den 90er Jahren sind die in dem Jahrzehnt davor entstandenen Fortbildungsangebote zur Qualifizierung von Lehrkräften, die in mehrsprachigen Klassen unterrichten, in Nordrhein-Westfalen nach und nach eingestellt worden. Das damalige Argument ist aus heutiger Sicht in seinem fahrlässigen Illusionismus kaum nachvollziehbar: Die schulische Integration der seit langem hier lebenden Migranten sei im Wesentlichen erfolgreich abgeschlossen. Auch nach dem PISA-Schock ist in diesem Feld kaum etwas geschehen. Trotz einzelner Bemühungen in den Kompetenzteams kann von einem systematischen Ansatz, wie ihn die Situation an den Schulen erfordert, nicht die Rede sein. Die Qualität des Unterrichts, also eine schulische Spracharbeit auf allen Ebenen der Schullaufbahn, und damit verbunden auch ein effektiver

Einsatz der zur Verfügung stehenden Lehrerstellen (insbesondere der Integrationshilfestellen) wird sich nur durch eine systematische Lehrerfortbildung und eine qualifizierte Begleitung und Beratung steigern lassen.

Ein zweites Fortbildungsfeld betrifft die innerschulische Organisationsentwicklung. Wenn man bedenkt, dass das sprachliche Lernen Aufgabe des gesamten Kollegiums und nicht nur einer begrenzter Anzahl von Experten in der Lehrerschaft ist, dann wird deutlich, dass veränderte Unterrichtskonzepte nur dann vom gesamten Lehrerteam umgesetzt werden können, wenn eine systematische Planung gewährleistet ist. Unterrichtsentwicklung und Schulentwicklung gehören auch im Bereich des sprachlichen Lernens zusammen.

Die LAGA schlägt vor, dass aus den Integrationshilfestellen 80 Lehrerstellen herausgenommen werden, die als Trainerinnen und Trainer für das Deutschlernen in der Primar- und Sekundarstufe für Fortbildungen und eine anschließende Umsetzungsbegleitung im unterrichtlichen Alltag zur Verfügung stehen. Ihr Einsatz sollte von den zuständigen Stellen prioritär behandelt werden.

Nach englischem Vorbild sollte ein ethnisches Monitoring prüfen, ob die durchgeführten Maßnahmen des gesamten Schulsystems und auch der einzelnen Schulen Chancengleichheit befördern.

Auch die Qualitätsanalyse muss sich verstärkt der Frage des Umgangs mit migrantenspezifischer Heterogenität widmen und den Schulen eine entsprechende Rückmeldung geben. In diesem Zusammenhang warnt die LAGA NRW vor der Einführung öffentlicher Schulrankings, da diese nach

allen internationalen Erfahrungen dazu führen, dass die pädagogische Arbeit zugunsten eines „Erfolges“ am Markt eingeschränkt wird. Die Verlierer dabei werden u.a. die Migranten sein.

Damit Schulen einen Anreiz bekommen, den notwendigen Wandel systematisch durchzuführen, sollte die Vergabe von Lehrstellen (insbesondere der Integrationshilfestellen, der Stellen zur Sprachförderung aus dem Zeitbudget und der für den Muttersprachlichen Unterricht) an ausgewiesene Qualitätskriterien geknüpft werden. Wenn zusätzliche Lehrstellen zugewiesen oder auch abgezogen werden, können positive Prozesse unterstützt werden. Dazu ist es allerdings notwendig, dass alle Schulen in der Grundversorgung gut ausgestattet sind und nicht mit den zusätzlichen Stellenanteilen (zumindest teilweise) den allgemeinen Unterrichtsausfall beheben müssen.

#### **5. Die interkulturelle Schule in der Lehrerausbildung vorbereiten!**

In der Lehrerausbildung werden die zukünftigen Lehrpersonen nicht ausreichend auf die schulische Realität mehrsprachiger Klassen vorbereitet.

Die angehenden Lehrkräfte müssen in der ersten wie in der zweiten Phase ihrer Ausbildung die gesamte sprachliche Entwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler im Auge behalten. Dazu gehört auch die Frage, wie sprachliche, aber auch fachliche Lernprozesse organisiert werden, insbesondere der Erwerb der Schriftsprache in den beteiligten Sprachen. Dazu müssen sich die

Studierenden mit entsprechenden didaktischen Ansätzen vertraut machen. Dieser Anteil am Studium muss obligatorisch für alle Lehramtsstudierenden sein.

Teil der Lehrerausbildung sollte auch das Erlernen der Grundzüge einer weiteren Sprache, vor allem einer Migrantensprache sein.

Geregelt werden muss auch die Ausbildung der Lehrpersonen für den Muttersprachlichen Unterricht.

Für das Gelingen dieses Unterrichts ist es unerlässlich, dass die Lehrpersonen dieselbe Ausbildung erhalten wie die Regellehrkräfte. Nur vor diesem Hintergrund ist eine Qualitätsentwicklung in diesem Fach und eine sinnvolle Koordination mit dem Regelunterricht möglich. Nach dem Vorbild der Türkischlehrerausbildung an der Universität Essen für die Sekundarstufe II sollte eine grundständige Ausbildung für die Primar- und Sekundarstufe schwerpunktmäßig für die großen in Nordrhein-Westfalen gesprochenen Sprachen an den hiesigen Hochschulen angeboten werden.

#### **6. Die Schule öffnen – Die Eltern beteiligen!**

Die interkulturelle Schule ist eine offene Schule, die sich sozialraumbezogen auf ihre Schülerinnen und Schüler einstellt. Sie arbeitet kooperativ in Netzwerken und nutzt Experten zur Bereicherung der eigenen Lernkultur. Die ersten natürlichen Experten für gelingendes schulisches Lernen sind die Eltern. Eine gestaltete Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule gehört zu den natürlichen Aufgaben der neuzeitlichen interkulturellen Schule. Damit wird

die Elternarbeit zu einem wichtigen Arbeitsfeld der LAGA NRW.

Dabei geht es vor allem um die Elternarbeit auf allen Ebenen des schulischen Lebens. Eltern sind gleichzeitig Experten für die Einbeziehung kulturell verschiedener Traditionen, Unterstützer des Lernens ihrer Kinder und selbst Lernende in den Fragen der schulischen Lernorganisation. Damit öffnet sich ein Spektrum von der solidarischen Auseinandersetzung mit Erziehungs- und Bildungsfragen der Kinder bis zur Mitwirkung in den schulischen Gremien einschließlich der Organe der Elternvertretung auf kommunaler Ebene (Stadtelternpflegschaft). Das Elternnetzwerk NRW mit seinen verschiedenen Elterninitiativen ist in diesen Fragen ein wichtiger Kooperationspartner.

Ob die tiefe Kluft zwischen Schulrealität und veränderter Schülerschaft positiv überwunden und der Weg zur interkulturellen Schule geöffnet werden kann, hängt vor allem vom Engagement der Migranteltern selber ab. Sie sind die ersten Ansprechpartner, wenn es um die Frage geht, wie ihre Kinder mit der Schule zu Recht kommen und welche Unterstützung sie brauchen.

Nur wenn die Eltern Schwellenängste vor der Schule überwinden und sich aktiv informieren, das Lernen ihrer Kinder wirksam unterstützen und sich nachhaltig in das Schulleben einmischen, werden die Fragen des mehrsprachigen Lernens, der Berücksichtigung der natürlichen Mehrsprachigkeit und des interkulturellen und interreligiösen Lernens auf breiter Basis in der Schule möglich werden. Sie müssen den Eltern und Lehrpersonen ohne Migrationshintergrund dabei helfen, den notwendigen Perspektivwechsel vorzunehmen, damit sie die Be-

rücksichtigung der Interessen auch ihrer Kinder als berechtigt und gewinnbringend für die gesamte Schulgemeinde ansehen. Nichts verbindet Menschen so sehr miteinander wie das gemeinsame Interesse an den Kindern.

## 7. Bildungspolitische Aktivitäten der LAGA NRW

Die hier beschriebenen Merkmale notwendiger Schulreformen erfordern vielfältige Aktivitäten, damit sie Wirklichkeit werden können. Dabei spielen die Migrantinnen und Migranten mit ihren Organisationen nicht mehr die Rolle einer Minderheit, die sich Gehör verschafft. Sie kooperieren mit ihren spezifischen Kompetenzen und Anliegen in einem Bündnis mit allen, die das Schulwesen der Zukunft in diesem Sinne gestalten möchten. Ihr spezifischer Beitrag bezieht sich vor allem auf die inhaltliche Gestaltung der Interkulturalität und Mehrsprachigkeitsförderung durch Einbeziehung der Herkunftssprachen für alle Schülerinnen und Schüler.

Diese Aktivitäten haben vor Ort in der Kommune ihre Basis. Hier geht es um Initiativen um eine Schule für alle, mehrsprachige Schulprofile, Fortbildungsangebote für das Deutschlernen in mehrsprachigen Klassen oder eine aktive Elternarbeit. Viele der in diesem Konzept genannten Vorschläge, z.B. die Entwicklung mehrsprachiger Schulprofile, werden von den einschlägigen Erlassen, Verfügungen oder Gesetzen ermöglicht oder sogar gefordert. Es fehlt allzu oft die notwendige Initiative und Verantwortlichkeit vor Ort, sie auch in die Praxis umzusetzen. Die Erfahrung zeigt, dass sich die In-

tegrationsräte ständig mit schulpolitischen Fragen befassen müssen, und zwar sowohl mit den konkreten Einzelproblemen als auch mit den grundsätzlichen „philosophischen“ Fragestellungen. Alle Integrationsräte sollten ausführlich die bildungspolitischen Vorstellungen der LAGA diskutieren. Bewährt hat sich die Einrichtung von schulpolitischen Arbeitskreisen der Integrationsräte, in denen konkrete Projekte besprochen und zu denen auch interessierte Personen und Experten aus Vereinen oder Schulen hinzugezogen werden können.

Viele schulpolitischen Probleme fallen in die Kompetenz des Landes und lassen sich deshalb nur auf Landesebene lösen. Dazu gehören z.B. die generelle Schulstruktur, die Lehrereinstellung, die Aufgabenstellung für die Schulaufsicht oder die Umsetzung landesweiter Fortbildungsmaßnahmen. Hier ist die LAGA NRW gefordert, durch Gespräche mit den Parteien und zuständigen Ministerien, Publikationen und eine mit

vielfältigen Partnern geführte Debatte nach Lösungen zu suchen.

Die Auseinandersetzung um die interkulturelle Schule braucht einen neuen Schub.

Die Zeit ist günstig, denn mittlerweile ist allen wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Kräften klar, dass ein einfaches „Weiter-so-wie-bisher“ keine Zukunft hat. Als wesentliche Unterstützung für die hier vorgeschlagenen Schulreformen wird die LAGA NRW einen zweijährigen „Schulpolitischen Kurs der LAGA“ anbieten.

Er richtet sich an Integrationsratsmitglieder, Ratsmitglieder, Mitglieder in Schulausschüssen, Aktive in Vereinen und Organisationen. Seminare, internetgestütztes Lernen, Schulbesuche und von Experten begleitete schulpolitische Projekte vor Ort sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern helfen, sich rasch das notwendige Fachwissen anzueignen und in der eigenen Kommune umzusetzen.





